


Andrea Willimann und Ruedi Studer (Text), Thomas Meier (Fotos)

Das hochkarätig besetzte Podium zur SVP-Selbstbestimmungsinitiative
bei BLICK on Tour in Suhr AG versprach Spektakel - und die

rund 400 Besucher wurden nicht enttäuscht! Die vier Kontrahenten schenkten sich nichts: SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga (58) und FDP-Ständerat Philipp Müller $(66, A G)$ auf der einen sowie SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher (49,GR) und Hans-Ueli Vogt (48, ZH), der Vater der Initiative, auf der anderen Seite boten sich einen bissigen Schlagabtausch.

Erst fühlte Blick-GruppeChefredaktor Christian Dorer der Justizministerin in einem kurzen Interview auf den Zahn. Schon da zeigte sich:
Sommaruga begab sich in der Bärenmatte in die Höhle des Löwen! Die Stimmung war von Beginn weg emotional, was sich

[^0]1. November 2018
deutlich unter der Gürtellinie aus dem Publikum zeigte.

Sommaruga liess sich davon aber nicht aus der Ruhe bringen. Oder versuchte zumindest, die Contenance zu wahren. «Heftige Diskussionen gehören zur direkten Demokratie», meinte sie gelassen. «Das gefällt mir.» Danach lag es an Ringier-Publizist Hannes Britschgi als mode-
rierendem Dompteur, seine Gäste und das Publikum im Zaum zu halten. Denn die Politiker zeigten sich von ihrer angriffigsten Seite. «Ich gehe heim. Dass ich mir diesen Mist anhören muss!», verlor selbst Müller zwischendurch die Nerven. Womit er Buhrufe aus dem Publikum erntete. Denn auch bei den Zuhörern gingen die

Wogen hoch. Eine hitzige Saalschlacht!

Während Sommaruga eine gewisse magistrale Zurückhaltung übte, trafen FDP-Mann Müller und seine SVP-Kontrahenten Martullo und Vogt besonders hart aufeinander. Nicht ohne Grund: Man fühlte sich an die Auseinandersetzung über die Durchsetzungsinitiati-

## Das will die initiative

Die Selbstbestimmungs-Initiative verlangt, dass die Bundesverfassung künftig über dem Völkerrecht steht. Auslöser für die Lancierung war,
dass das Bundesgericht 2012 erklärte, die vom Volk angenommene Ausschaffungsinitiative sei ohne Einzelfallprüfung nicht mit der Europäi-
schen Menschenrechtskonvention vereinbar. Vater der Initiative ist SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt (48). Laut SVP stärkt die Initiative die direkte Demokratie, die Eigenständigkeit und Souveränität der Schweiz und bildet einen Schutzgegen unliebsame Entscheidungen durch supra-
nationale Institutionen. Der Bundesrat warnt, dass ein Ja die Stabilitätund Verlässlichkeit der Schweiz gefährden und den Wirtschaftsstandort schwächen würde. Zudembestimme die Schweiz schon heute selber. Die Stimmbevölkerung könne bei allen wichtigen Fragen mitreden.
ve 2016 erinnert. Dieses Duel fand nun seine Fortsetzung! Und das waren die drei Hauptstreitpunkte:

- Was bedeutet die Initiative für die direkte Demokratie? Volksentscheide würden durch internationale Abkommen ein geschränkt und deshalb nicht umgesetzt, monierte Vogt. «Da stimmt man über die Begren zung der Zuwanderung ab und macht eine Einladung für aus ländische Arbeitslose daraus", wetterte er. Deshalb müsse der Vorrang der Bundesverfassung festgeschrieben werden.
«Wir halten uns an internationale Verträge, aber wir kön nen im Gesetz auch Ausnah men festschreiben», so Som maruga. Eine Änderung sei da her gar nicht nötig. Denn: «Am Schluss hat bei uns die Bevölke rung das letzte Wort.» Sie warn

te aber davor, dass wegen des starren Mechanismus der Initiative gar die Gefahr bestehe, «dass das Volk am Schluss weniger Mitbestimmungsrechte hat als zuvor».


## Welche Verträge müssen gekündigt werden?

«Das ist das Problem», so Sommaruga. Von den Initianten höre man nie genau, was sich ändern müsse. «Die Initianten
wissen nicht, was sie wollen." Dass dadurch sämtliche Verträge in Frage gestellt würden, sei das Resultat völliger Unsicherheit.

Was bei der Gegenseite für Empörung sorgte: «Ich habe diese Kündigungsdrohungen so satt", schimpfte Martullo. «Man kann doch verhandeln, nur macht es unser Bundesrat nicht.» Und Vogt hielt fest, dass
eigentlich die bestehenden Verträge der Bundesverfassung entsprechen würden - ausser dem Personenfreizügigkeitsabkommen. Da die SVP aber bereits eine Kündigungsinitiative eingereicht habe, sei dieser Fall abgedeckt.

Vehementwehrte er sichzudem gegen den Vorwurf, die Initiative ziele auf die Europäische Menschenrechtskonventi-
on und er wolle die Menschen rechte beschneiden: «Wir sind doch keine Bananenrepublik!» - Was bedeutet die Initiative für die Wirtschaft?
Es geht um 600 Wirtschaftsverträge. Und so stellen sich auch die grossen Wirtschaftsverbände gegen die Initiative. Die zunehmenden Regulierungen aus dem Ausland würden auch die Schweizer Wirtschaft immer stärker einschränken, warnt Martullo.

Sommaruga dagegen berichtete, was ihr Wirtschaftsminister Johann SchneiderAmmann (66) beim Mittagessen mit auf den Weg gegeben habe: «Die Unsicherheit ist das Schlimmste für die Wirtschaft, dann investiert sie nicht mehr., Und Müller doppelte nach: «Die Initiative gefährdet Arbeitsplätze.»



Kurt Friedli (69), Koch, Reinach AG «lch war zuvor nicht sicher, aber jetzt bin ich es. Ich stimme überzeugt Ja. Die Argumente der SVP-Vertreter Martullo-Blocher und Vogt waren wirklich stichhaltig..》



ElviraPfister (55), kaufmännische Angestellte, Z̈rich «Der Fall ist für mich klar. Ich will nicht vom Ausland bestimmt werden. Meine Stadtzürcher Vorfahren würden sich im Grabumdrehen, wenn sie sähen, was heute läuft.)


Benjamin Wildi (20),
Student, ErlinsbachSO
«Mein Nein hat sich bekrafftigt.
Die Volksinitiative ist ein unnötiges Risiko. Denn wir haben schondie Möglichkeiten, gegen die Missständevorzugehen.ı


[^0]:    auch an vereinzelten Zwischenrufen - auch
    Blick-Guppe-Chef Chistian Doref fühliteSommaruga \#u Beginn niteinemKurz-Intervew auf den Zahn.

